



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas

*Liebe Leser,*

*dies ist der letzte „Eurospot“ vor der Europawahl am 13. Juni. In den vergangenen Wochen ist Europa wiederum durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen. Der Schock über die islamistischen Terroranschläge in Madrid hat neben der Trauer aber auch die Entschlossenheit der Verantwortlichen in der EU bekräftigt, nun endlich in Sachen Terrorismusbekämpfung mehr als nur in Form von Absichtserklärungen zusammenzuarbeiten.*

*Tiefe Genugtuung hingegen herrscht darüber, dass wieder Bewegung in Sachen Europäische Verfassung gekommen ist. Die neue spanische Regierung ist in Sachen Abstimmverfahren im Ministerrat („doppelte Mehrheit“) auf die Haltung der anderen Regierungen eingeschwenkt. Auch die polnische Regierung scheint beizudrehen. Jetzt sieht es so aus, dass spätestens im Juni beim Europäischen Rat alles über die Bühne geht. Eine gute Nachricht für die Zukunft.*

*Am 20. März bin ich wieder auf Platz 3 der Landesliste der hessischen CDU für die Europawahl nominiert worden, Anlass Dank zu sagen, für die Unterstützung und zu versprechen, mich auch künftig für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Hessen und für die Politik der CDU in Europa einzusetzen. Daher bin ich wie viele Kolleginnen und Kollegen, die unermüdlich in ihren Wahlkreisen unterwegs und in Brüssel und Straßburg aktiv sind, über die Kampagne von BILD-Zeitung und stern-tv erbost, die uns pauschal „Abzocke“ oder „Tagegelderschleichung“ vorwerfen. Ich versichere Ihnen, dass an den Vorwürfen nichts dran ist. Inzwischen ist mittels Gutachten der Beweis erbracht, dass keine Unterschriften gefälscht wurden und auch die Behauptung, wir würden an Freitagen in Brüssel und Straßburg nicht arbeiten, sondern nur Geld kassieren, ist eine unbewiesene Behauptung, die ich für mich persönlich und für die Kollegen, die ich kenne, als falsch und infam zurückweise. Der „Kollege“ Martin, der das alles verbreitet, und vor kurzem mit Schimpf und Schande aus der Sozialistischen Fraktion geworfen wurde, hat uns vier Jahre lang in Stasi-Manier ausgeforscht und heimlich Aufnahmen gemacht, die außer der Tatsache, dass wir uns ordnungsgemäß in die Anwesenheitsliste eingetragen haben, nichts beweisen, außer dass er jedenfalls seine Aufgaben als Abgeordneter mit denen eines Spitzels verwechselt hat.*

*Ich bitte Sie daher auch weiterhin um Ihre Unterstützung*  
*Ihr*

*Michael Gahler*



EVP-ED

## EU-Aktionsplan gegen den Terror

Die Bombenanschläge auf Nahverkehrszüge zur Hauptverkehrszeit in Madrid waren ein Angriff auf ganz Europa und die Werte, für die wir gemeinsam stehen: Demokratie, Freiheit, Achtung der Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit. Die Anschläge in Spanien haben den islamistischen Terror nach Europa getragen. Sie machen überdeutlich, dass zweieinhalb Jahre nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York der Kampf gegen den Terrorismus eine wachsende Herausforderung darstellt. Unter diesem Eindruck trafen sich am 25./26. März die Staats- und Regierungschefs zu ihrem Frühjahrsgipfel in Brüssel und verabschiedeten einen EU-Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung. Dies zeugt von der Entschlossenheit, solidarisch und entschieden innerhalb Europas gegen diese Bedrohung vorzugehen.

Zu den Schwerpunkten des Aktionsplans gehört eine engere Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Stellen. Informationen und geheimdienstliche Erkenntnisse sollen systematisch ausgetauscht, bestehende oder im Aufbau begriffene EU-Institutionen genutzt werden. Auch die "Solidaritätsklausel", vorgesehen im Entwurf der EU-Verfassung, ist vorzeitig in Kraft getreten. Durch sie sichern sich die Mitgliedstaaten einander gegenseitige Hilfe und gemeinsames Handeln zu, wenn einer von ihnen Ziel eines Terroranschlags wird. Die engere Zusammenarbeit wird von dem neu eingesetzten 'EU-Antiterrorismus-Koordinator' geleitet, ein Posten, der mit dem niederländischen Staatssekretär Gijs de Fries besetzt worden ist. Die bessere Koordinierung der Informationen soll durch eine Einheit der EU-Polizeibehörde Europol in Den Haag geleistet werden. So sollen alle Dateien des Schengen-Informationssystem (SIS) zu Personen, die polizeilich gesucht oder überwacht werden, mit den Dateien über erteilte und abgelehnte Visaanträge (VIS) und der Datenbank über Fingerabdrücke von Asylbewerbern miteinander vernetzt werden und überprüft werden.

Weiterhin werden die Mitgliedsstaaten in dem Aktionsplan aufgefordert, bis Juni 2004 die nationalen Gesetze für eine ganze Reihe auf EU-Ebene bereits beschlossener Maßnahmen zu verabschieden. Mit der Umsetzung seit 2001 verabredeter Maßnahmen hapert es bisher gewaltig. Dies betrifft insbesondere den Europäischen Haftbefehl, der es ermöglicht, dass bei Terrorismus oder anderen schweren Verbrechen die Rückführung von Verdächtigen ohne langwierige Auslieferungsverfahren in das Land erfolgt, in dem die Tat begangen wurde. Obwohl zum Anfang des Jahres in Kraft getreten, steht die Umsetzung des Europäischen Haftbefehls noch in fünf Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, aus.

Die auf EU-Ebene angestrebten Maßnahmen reichen allein aber nicht aus. Auch auf der nationalen Ebene müssen alte Strukturen hinterfragt werden, wenn man

Deutschland für alle Bürgerinnen und Bürger sicherer machen will. Es ist unerlässlich anzuerkennen, dass die im Kalten Krieg gewachsenen Sicherheitsstrukturen alleine nicht die richtigen Antworten auf die Herausforderungen des globalen Terrorismus bieten können. Durch diese neuartige Bedrohung verschwimmen die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit. So zum Beispiel sollte nüchtern und vorurteilsfrei überprüft werden, ob die Bundeswehr für einzelne Bereiche der Terrorismusbekämpfung auch im Inland eingesetzt werden soll. Es geht hier nicht darum geht, die Bundeswehr zur Hilfspolizei zu machen, sondern die Arbeit der Polizei dort zu unterstützen, wo bei Ausrüstung und Know-How die natürlichen Grenzen der Ordnungshüter liegen.

Die Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Inland ist aber nur ein Teilaspekt. Wirklichen Erfolg kann nur ein Gesamtkonzept zur Gefahrenabwehr haben. Neben der Bundeswehr müssen alle zivilen und militärischen Kräfte wie die Polizei, das THW, das Rote Kreuz und die Feuerwehr eingebunden werden. Die Bekämpfung chemischer oder biologischer Stoffe wäre ohne die Unterstützung von Feuerwehr und THW undenkbar. Diese Beispiele zeigen, dass man nur durch die integrierte Steuerung aller vorhandenen Kräfte wirksam die Gefahren des Terrorismus bekämpfen kann. Zu dieser neuen integrierten Sicherheitsarchitektur gehört darüber hinaus aber auch, dass die Erkenntnisübermittlungspflicht zwischen den deutschen Sicherheitsbehörden verstärkt wird. Ein Vergleich, wie dies in anderen EU-Staaten gehandhabt wird, könnte auch hier hilfreich sein. Die Vielzahl der erforderlichen Maßnahmen zeigt die Komplexität des Problems. Trotzdem gibt es keine Alternative zu einer neuen integrierten Sicherheitsarchitektur auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, um die Bürger Europas vor der Tyrannei des Terrorismus zu schützen.

<http://www.europa-eu-un.org/article.asp?id=3336&lg=3>

## Mehr Wachstum für Europa?

Nach der Diskussion zum Aktionsplan im Kampf gegen den Terrorismus konnte der eigentliche Brüsseler Gipfel am 25. März beginnen. Wie jedes Frühjahr widmeten sich die 25 EU-Staats- und Regierungschefs einer Bestandsaufnahme von Wirtschafts-, Forschungs-, Energie und Umweltpolitik. Denn in Lissabon hatten die damals 15 schon 2000 beschlossen, dass Europa sich bis zum Jahr 2010 zum "wettbewerbsfähigsten, dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" entwickeln sollte. Konkretes Resultat des diesjährigen Gipfels ist u.a. das Einsetzen einer hochrangigen Arbeitsgruppe unter dem früheren niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok, der den Stand der Umsetzung der Lissabon-Ziele überprüfen soll. Der erste Bericht wird für Anfang November erwartet.

Seit dem Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 steht besonders die Forschungsförderung als Impulsgeberin für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum politisch hoch im Kurs. Die

Realität allerdings hält der Gipfelrhetorik nur zum Teil stand. Denn ihrem selbstgesteckten Ziel, die Forschungsausgaben bis zum Jahr 2010 auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu steigern, kommt die Europäische Union nur sehr zögerlich näher. Um mit Amerika aufzuschließen, müsste die EU ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung um rund 130 Milliarden Euro im Jahr erhöhen. Zur Zeit liegen die Forschungsausgaben der EU noch immer unter 2 % der Wirtschaftskraft (BIP), Deutschland mit 2,5 % hat hier jedoch eine bessere Position.

Ein anderes Beispiel ist der schwierige Weg in die Selbstständigkeit. Einer Weltbankstudie zufolge dauert es in den Vereinigten Staaten durchschnittlich vier, in Kanada drei und in Australien zwei Tage, um ein neues Unternehmen zu gründen. In der EU sind es 45 Tage, ganz abgesehen von den hohen Steuer- und Abgabenbelastungen und einem hoch regulierten Arbeitsmarkt.

Diese Beispiele zeigen, dass die in Lissabon beschlossene wirtschaftspolitische Agenda dringend ernster genommen werden muss, sowohl seitens der Europäischen Kommission als auch von den Regierungen der Mitgliedstaaten. Mit dem jetzigen Schnecken-tempo der einzelnen Reförmchen werden sich die Ziele bis 2010 sicher nicht verwirklichen lassen.

### **Endlich Durchbruch für die EU-Verfassung**

Weitaus positiver ist zu vermerken, dass auf dem Gipfel endlich wieder Bewegung in die Diskussion um die EU-Verfassung gekommen ist. Der irische Premierminister Bertie Ahern gab bekannt, dass der Europäische Rat den irischen Vorsitz beauftragt hat, die Verfassungsverhandlungen wieder aufzunehmen und spätestens bis zum nächsten Gipfel am 17. Juni abzuschließen. Die Verabschiedung war letztes Jahr im Dezember aufgrund der kompromisslosen Haltung Polens und Spaniens in der Frage der doppelten Mehrheit bei Entscheidungen des Rats gescheitert. Schwung in die Diskussion ist durch den Regierungswechsel in Spanien und die Zusage des neuen Ministerpräsidenten Zapatero für eine schnelle Einigung gekommen. Diskutiert werden nur noch die verbliebenen über 20 offenen Fragen aus dem letzten Jahr, wie zum Beispiel die Stimmengewichtung, Anzahl der EU-Kommissare, Größe des EU-Parlaments und die Ausweitung der Mehrheitsentscheidung. Parlamentspräsident Pat Cox sprach sich für eine Verabschiedung der Verfassung am 9. Mai aus, dem Europatag!

Weitere Informationen über das Gipfeltreffen unter:

[http://europa.eu.int/comm/mediatheque/photo/select/irlpresidency2/index\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/mediatheque/photo/select/irlpresidency2/index_en.html)

### **Neues zur Chemikalienpolitik der EU**

Die im Oktober letzten Jahres von der Kommission vorgelegten und überarbeiteten Vorschläge für eine neue Chemikalienpolitik (s. Eurospot N°15) wird weiterhin von Parlament, Industrie und Verbraucherschützern kon-

trovers diskutiert. Ziel der Verordnung soll sein, den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt zu verbessern, ohne dass die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie zu sehr leiden.

Im Rahmen einer Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments im März haben sich nun Referenten aus Wirtschaft und Verbänden einhellig für eine bessere Praktikabilität des von der EU-Kommission geplanten Zertifizierungssystems REACH ausgesprochen (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien). In der Anhörung wurde der Ansatz favorisiert, das REACH-System nicht allein von der Produktionsmenge von derzeit mindestens 1 Tonne pro Jahr abhängig zu machen, sondern die Mindesttonnage mit entsprechenden Risikokategorien der einzelnen Stoffe zu kombinieren.

Einhellig war auch die Meinung, dass der Grundansatz des REACH-Systems in seiner jetzigen Form zu bürokratisch, zu langsam, zu teuer, zu wissenschaftlich und damit insgesamt unpraktikabel ist. "Es kann nicht darum gehen, Datenmengen um ihrer selbst willen zu sammeln, sondern es müssen im Sinne des Umwelt- und Verbraucherschutzes diejenigen Stoffe erfasst werden, die ein potenzielles Risiko darstellen. Hierzu bietet eine Kombination aus risikobasierenden Expositionskategorien und der tatsächlich produzierten Menge eines chemischen Stoffes die effektivste Basis", so der EVP-ED Berichterstatter Werner Langen im Anschluss an die Anhörung. Diese Auffassung wird inzwischen nicht nur von Experten aus der Wirtschaft und den Industrieverbänden vertreten, sondern zunehmend auch von Vertretern aus den Umweltschutzorganisationen anerkannt.

Derzeit beschäftigt die chemische Industrie in der Europäischen Union direkt und indirekt fast 4 Millionen Menschen und erwirtschaftet einschließlich der Pharmaindustrie einen Jahresumsatz von 500 Milliarden Euro. Dabei sind 94 Prozent der betroffenen Firmen kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 200 Beschäftigten entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Durch die von der Kommission vorgeschlagene Evaluierung von bis zu 30.000 chemischen Substanzen in den nächsten 11 Jahren wären mehr als ein Drittel der verwendeten Substanzen gefährdet und ein Umsatzminus von bis zu 30 Prozent zu befürchten. Die Europäische Kommission und auch das Parlament müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie hier eine enorme Verantwortung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft als Ganzes tragen.

Der Zeitplan sieht nun vor, dass als nächstes das Europäische Parlament nach Beginn der neuen Legislaturperiode in erster Lesung zu den Vorschlägen der Kommission Stellung nimmt. Details: <http://europa.eu.int/comm/enterprise/chemicals/index.htm>



## Papst erhält "Außerordentlichen Karlspreis"

Eigentlich nimmt der Papst keine weltlichen Ehrungen entgegen. Beim "Außerordentlichen Aachener Karlspreis" hatte er für die europäische Ehrung Ende März eine Ausnahme gemacht. Das Karlspreis-Direktorium wählte ihn für sein Engagement zu Gunsten der europäischen Integration, da er wie kein anderer die Unantastbarkeit der Menschenrechte und des Friedens repräsentiere. Außergewöhnlich wie der Preisträger ist auch der Ort der Verleihung: Nicht wie sonst in Aachen fand sie im Vatikan selbst statt.

## EP-Präsident Pat Cox: Bürgernah und pragmatisch

Die Verleihung des "Außerordentlichen Karlspreises" an den Papst fand unabhängig von der diesjährigen Verleihung des regulären Karlspreises statt. Dieses Jahr wird der Ire Pat Cox damit ausgezeichnet. Der Preis wird am 20. Mai im Aachener Krönungssaal verliehen. Als Präsident des Europaparlaments wird er für seine herausragenden persönlichen Verdienste um die bevorstehende Erweiterung der Union gewürdigt. Damit reihte er sich ein in eine Reihe von großen Preisträgern: Auch Konrad Adenauer, Vaclav Havel und Valéry Giscard d'Estaing erhielten die Auszeichnung. Der alljährlich in Aachen verliehene Internationale Karlspreis gilt als einer der bedeutendsten europäischen Preise. Er wird seit 1950 an Persönlichkeiten und Institutionen verliehen, die sich um die Einigung Europas verdient gemacht haben. Weitere Infos: <http://www.karlspreis.de/>

## Sicheres Surfen im Netz

Die Europäische Kommission hat im März endlich den Entwurf für ein neues Vierjahresprogramm unter dem Motto „Mehr Sicherheit im Internet“ („Safer Internet plus“) vorgelegt. Ziel ist, das Internet für Kinder sicherer zu machen, indem illegale und jugendgefährdende Inhalte bekämpft werden. Denn Kinder haben das Recht, das Internet unbeschwert nutzen zu können, zu chatten, zu lernen oder zu spielen, ohne die Gefahr, von Erwachse-

nen ausgenutzt oder betrogen zu werden. Innerhalb des Projekts werden gezielt Schwerpunkte gesetzt: die Bekämpfung illegaler, unerwünschter und schädlicher Inhalte - einschließlich Spam - sowie bessere Regulierungsmechanismen und eine Sensibilisierung der Gesellschaft für das Thema. Z.B. sollen Meldestellen Berichte von Bürgern über illegale Inhalte entgegennehmen, Mittel zur Unterstützung der Entwicklung effizienter Filtertechnologien bereit gestellt oder das Forum „Sicheres Internet“ dauerhaft etabliert werden. Diese Maßnahmen werden flankiert durch eine spezielle Medienerziehung für Kinder, die Internet-Kompetenz vermitteln soll.

Bisherige Erfolge bestätigen die Kommission in ihrem Ansatz: So konnte im Oktober 2003 nach einem Hinweis des Internet-Hotline-Verbandes INHOPE ein weltweiter Kinderpornografie-Ring zerschlagen werden. Details:

<http://europa.eu.int/iap>

## Die europäische Bildungspolitik ab 2007

Die EU-Kommission hat einen Bericht zur nächsten Generation der EU-Bildungsprogramme vorgelegt. Sie schlägt vor, die allgemeine und berufliche Aus- und Weiterbildung unter einem Dach neu zusammenzufassen. Die Ziele der neuen Generation der Bildungsprogramme sind ehrgeizig: Bis 2013 sollen mindestens 10 Prozent der Schüler und Lehrer von europäischen Förderprogrammen profitieren. In den Genuss von COMENIUS kommen derzeit lediglich ein Prozent der Schüler und Lehrer. Bis 2010 strebt die EU eine Verdreifachung der jährlich 120.000 ERASMUS-Teilnehmer an, mit dem Ziel, insgesamt 3 Mio. jeweils einmonatige Förderstipendien zu vergeben. Bis 2013 sollen pro Jahr mindestens 150.000 Menschen in der Berufsbildung gefördert werden (heute: 45.000). Ab 2007 soll auch das neue TEMPUS PLUS-Programm starten. Sein Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn zu intensivieren. Die EU-Kommission schlägt vor, TEMPUS auf die schulische und universitäre Ausbildung sowie auf die Erwachsenen- und die berufliche Bildung auszuweiten. [http://europa.eu.int/comm/education/programmes/newprog\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/education/programmes/newprog_de.html)

Büro Brüssel:  
Europäisches Parlament  
ASP 10 E 217  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-284 59 77  
Fax: 0032-2-284 99 77

Regionalbüro Süd-  
und Westhessen:  
Am Marktplatz 19  
D-64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152-93 25 94  
Fax: 06152-93 25 93

e-mail: [mgahler@europarl.eu.int](mailto:mgahler@europarl.eu.int)

Internet: <http://www.michael-gahler.de>